

W
Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs
W i e n 1, Löwelstrasse 18

Sitzung der PARTEIVERTRETUNG vom 14. April 1966

T a g e s o r d n u n g

1.) Bericht über die
Regierungsverhandlungen

2.) Eventuelles

Die Nationalratswahlen vom 6. März haben der ÖVP 85 und der SPÖ 74 Mandate gebracht.

Der Parteitag anerkennt, dass dieses Wahlergebnis in der Zusammensetzung der neuen Bundesregierung seinen Ausdruck findet ^{soll} und anerkennt auch das Recht der stärkeren Partei von ihrer parlamentarischen Mehrheit Gebrauch zu machen, falls in der Bundesregierung einvernehmliche Lösungen nicht erzielt werden.

Die Sozialistische Partei bekennt sich ^{an der Tatsache dieses Wahlergebnisses} nach wie vor zu einer Zusammenarbeit der grossen Parteien.

Der Parteitag sieht aber in den ^{vorliegenden} Bedingungen der ÖVP für eine Regierungsbeteiligung keine Gewähr für eine wirksame Zusammenarbeit in der Bundesregierung, die eine angemessene Vertretung der mehr als 1,9 Millionen sozialistischer Wähler ermöglicht.

Der Parteitag ist nur ^{klarer Text} in der Lage eine Regierungsbeteiligung zu verantworten, wenn

1. die Sozialisten die Gewähr haben, dass die Zusammenarbeit in der Bundesregierung nicht einseitig von der ÖVP zu jedem ihr genehmen Zeitpunkt beendet werden kann;
2. ~~wenn~~ die den Sozialisten angebotenen Ministerien in ihrem Wirkungsbereich erhalten bleiben, wodurch vor allem die alleinige Verfügungsgewalt der ÖVP über Exekutive und Bundesheer vermieden ^{würden} ~~würde~~ ^{würde} werden;
3. ~~wenn~~ von den Sozialisten keine Zustimmung zu einem investitionshemmenden Budget verlangt wird.